

www.kpoe-steiermark.at

Steirische Volksstimme

Ausgabe 02, Februar 2007 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der steirischen **KPO**

960 Euro Stundenlohn Stromriese ESTAG entlohnt Berater fürstlich

Die ESTAG zahlte dem Grazer Uni-Professor Waldemar Jud für Beratertätigkeiten 960 Euro pro Stunde. Das ist mehr als so mancher Kunde jährlich an Stromkosten zahlt. Insgesamt zahlt die ESTAG derzeit 3,9 Millionen Euro (55 Mio. Schilling) für Berater. Seite 2/3



Ob „Urli, urli“, „Kille wau“, „Aha“ oder „Leilei“ – zur Faschingszeit ist ein Faschingsgruß schwer gefragt. Wir hoffen, Sie konnten sich am ungehemmten Faschingstreiben erfreuen, bei dem Jahr für Jahr ausnahmsweise nicht die Politiker der Großparteien für dumme Einlagen sorgen.

BARTENSTEINREICH:

Millionärs-Minister vertritt Arbeiter

ZURÜCK ZUR SKLAVEREI:

60-Stunden-Woche dank SPÖVP

GEBEN STATT NEHMEN:

134.687 Euro gegen die ärgste Not

Spielautomaten zerstören Existenzen.

Tun wir etwas gegen die Spielsucht!

Bitte unterstützen Sie uns gegen die Glücksspielautomaten.

KPO
www.kpoe-steiermark.at

Die ESTAG ist immer wieder ein Garant für Aufregung. Zuletzt wurden Beraterhonorare von 960 Euro pro Stunde bekannt, letztes Jahr sorgten Luxus-Dienstwagen für Ärger. Was kommt als nächstes?



HONORARE – JENSEITS VON GUT UND BÖSE

ESTAG: Strompreis steigt, Be

Auf der einen Seite erhöht der steirische Stromriese ESTAG den Strompreis, auf der anderen Seite zahlt man 960 Euro Stunden an einen juristischen Berater.

TEURER RAT

Die ESTAG lässt sich nicht lumpen, wenn es um großzügige Honorare für Berater geht. Neben Waldemar Jud haben derzeit SPÖ-Anwalt Gabriel Lansky und die Gruppe ABN/Amro/Raiffeisen Berateraufträge im Wert von 3,9 Millionen Euro kassiert. Und das, obwohl der Rechnungshof bei der letzten ESTAG-Prüfung empfahl, „im Hinblick auf genügend Fachkompetenz im Konzern die Höhe der Berateraufwendungen zu reduzieren“.

Nicht nur jede Verkäuferin im Supermarkt muss angesichts der Honorare, welche die ESTAG ihren Beratern zahlt, die pure Wut packen. 960 Euro die Stunde stellte Waldemar Jud für juristische Beratungen pro Stunde in Rechnung – dafür müssen viele einen Monat lang oder länger arbeiten.

Wenn der steirische Energieriese ESTAG für Schlagzeilen sorgt, sind sie kaum positiv. Eben erst eröffnete man den Kunden, dass der Strom um sechs Prozent teurer wird. „Durch interne Kosteneinsparungen ist es uns gelungen, die steigenden Energiekosten 2006 auszugleichen. Im Jahr 2007 müssen wir jedoch eine Preisanpas-

sung vornehmen“, schrieb die ESTAG ihren Kunden.

Wie die internen Kosteneinsparungen wirklich ausschauen, offenbarte die Kleine Zeitung im Jänner: Der Grazer Universitätsprofessor Waldemar Jud bot der ESTAG seine Dienste als juristischer Berater an – um 960 Euro pro Stunde. Er wollte dem Stromriesen beim Teilverkauf der Landesanteile zur Seite stehen. Das Land hält ja noch 75 Prozent – 25 Prozent gehören dem französischen Energiekonzern EDF – will sich aber von weiteren 25 Prozent trennen.

Jud bediente sich dabei seiner Seilschaften zu Ex-SPÖ-Chef und Ex-Landeshauptmannstellvertreter

Peter Schachner-Blazizek, der im ESTAG-Aufsichtsrat sitzt. Diesem bot der Jurist seine Hilfe an. Und Aufsichtsrat Schachner-Blazizek ließ seinen Uni-Kollegen nicht hängen und reichte dessen Anbot wohlwollend an die entscheidenden ESTAG-Gremien weiter. Jud bekam einen Beratervertrag mit 15.000 Euro pro Monat. „Ein Schlag ins Gesicht der Stromkunden“, so KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg.

Was er dafür gemacht hat, ist laut Kleine Zeitung nicht klar. Für die KPÖ ist das Beraterwesen, das sich im Fall der ESTAG auf einen Höhepunkt hinbewegt, ein Skandal. 30 Millionen Eu-



rater kassieren

ro hat die ESTAG in den letzten Jahren für Berater ausgegeben, anstatt selbst Entscheidungen zu treffen. „Offensichtlich hat man bei der ESTAG aus der Vergangenheit nichts gelernt. Diese Geldverschwendung kann nicht einfach hingenommen werden. Der Landtag muss tätig werden, wenn der Aufsichtsrat seiner Funktion nicht nachkommt“, so KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger.

Besonders erobert ist Kaltenegger über die erneute Erhöhung des Strompreises für Estag-Kunden: „Anstatt im Interesse der steirischen Bevölkerung zu handeln, werden im Aufsichtsrat Riesensummen für Beraterhono-

rare verschwendet. Bezahlen müssen diese Freundschaftsdienste die Kunden, das scheinen die Aufsichtsräte zu vergessen.“

Ernest Kaltenegger mahnt den KPÖ-Antrag vom 28. November 2005 ein, die ESTAG-Gewinne in Form eines „Strombonus“ für die Kunden auszuschütten. Obwohl der Antrag von einer Mehrheit (ÖVP, KPÖ und Grüne) angenommen wurde, ist er bis heute nicht umgesetzt.

Das ist ein Schlag ins Gesicht der Stromkundinnen und -kunden.

WERNER MURGG,
KPÖ-Landtagsabgeordneter

MEINUNG



Ernest Kaltenegger

Hohe Gagen – große Fähigkeiten?

In den Regierungen und Konzernvorständen sitzen höchstbezahlte Politiker und Manager. Man sollte daher meinen, dass es sich hier um lauter Kapazitäten handelt, die so viel Geld immer wert sind.

Schaut man sich aber die Praxis an, so kommen rasch starke Zweifel auf. Stehen nämlich wichtige Entscheidungen an, werden von den Machern flugs noch für Unsummen Berater geholt. Wie im Fall ESTAG sind die Beraterhonorare pro Stunde oft so hoch, wie so mancher „Normalsterbliche“ für ein ganzes Arbeitsmonat bekommt.

Für die Spitzen in den Chefetagen hat der Ein-

satz der Berater natürlich so manchen angenehmen Nebeneffekt. Einerseits lassen sich diese gut als Überbringer schlechter Nachrichten einsetzen, andererseits kann man sich – sollte etwas schief gehen – hinter den angeblich „so objektiven“ Beratern verschütten.

Hohe Gagen bürgen Erfahrungsgemäß noch lange nicht für große Fähigkeiten. Nicht selten erschöpfen sich die Fähigkeiten von Politikern, Managern und deren Beratern nur im unverschämten Schröpfen der Bevölkerung...

KPÖ-Ernest Kaltenegger, Landhaus, Herrngasse 16, 8010 Graz, Fax 0316/877 5108 oder email: volksstimme@kpoe-steiermark.at

KLEIN, ABER MIT BISS



Zuletzt gefiel sich Landeshauptmann Voves als Tunnelbohrer mit Bohrmaschine. Im Notfall will er höchstpersönlich die Grenze zwischen Genie und Wahnsinn untertunneln.

INHALT

Die reichsten Steirer: Martin Bartenstein	4
ESTAG-Führung geklagt.....	5
Sparen bei Gesundheit	7
Millionen Für Blumau	8
KPÖ-Sozialfonds: Geld gegen ärgste Not	9
Mega-Geschäft Glücksspiel ..	10
EU macht Druck auf Unis	15
Löhne im Sinkflug.....	16
Ärger am Schienenstrang	19
Neue Arbeitszeitmodelle: Zurück zur Sklaverei.....	20
5 Jahre teurer Euro.....	24



Viele große Stromhersteller erwecken gerne den Anschein, der von ihnen gelieferte Strom sei regionaler Ökostrom. In Wirklichkeit vermarkten sie aber Strom, den sie zukaufen müssen – in vielen Fällen stammt der Strom aus Atomkraftwerken.

Jeder Stromlieferant ist verpflichtet, einen (geringen) Anteil an Ökostrom zu liefern. Bei den üblichen Stromhändlern wird dieser Strom mit einem Zuschlag weiterverkauft. Diese Unternehmen handeln „im guten Glauben“ an den notwendigen Umstieg in das solare Zeitalter. Im Unterschied zu vielen Stromhändlern handelt die Alpen Adria Energie AG und oekostrom AG tatsächlich mit 100 % Ökostrom. Ihr Konzept ist es, ein Zeichen für den Umstieg von fossiler und atomarer Energieversorgung auf erneuerbare Energiequellen zu setzen. Deshalb ist dort – im Gegensatz zu den Mitbewerbern – eine Beteiligung von Atomkonzernen untersagt.

Die Alpen Adria Energie AG und oekostrom AG haben eine eindeutige Stromkennzeichnung. Alle anderen tricksen, tarnen und

täuschen weiter und führen den Stromkunden in die Irre: Der Atomstromanteil in der Steiermark beträgt mittlerweile 25 %, der meiste bei uns gehandelte Strom stammt von Erdgas- und Kohlekraftwerken, die den Klimawandel anheizen.

Ökostrom kommt ausschließlich aus Wind- und Wasserkraft, Biomasse, Geothermie und Solarenergie.

Es gibt eine Alternative, dem Stromschwindel ein Ende zu bereiten. Steigen Sie um auf ausgewiesenen, überprüfbareren Ökostrom. Die Ökostrominitiative hilft dabei. Der Umstieg kostet nichts und Sie bezahlen abhängig vom Verbrauch auch weniger.

Wir helfen beim Umstieg:
Kontakt: Wolfgang Feigl,
Weiz/Hartberg,
Tel. (03172) 42 44 615.
Info: www.weizsolar.at

DIE REICHSTEN STEIRER, TEIL 1 Bartensteinreich

Auf der Spur der reichsten Steirer: Die steirische KPÖ suchte nach den Gründen für den wachsenden Reichtum in den Händen Weniger. Hier am Beispiel von ÖVP-Minister Martin Bartenstein.

Mit einem auf satte 110 Mio. Euro geschätzten Vermögen wurde Martin Bartenstein laut Zeitschrift „Trend“ über die 100 reichsten Österreicher an Stelle 78 geführt.

1980 übernimmt Martin Bartenstein das Pharmaunternehmen seines Vaters und wird dort Alleingeschäftsführer. Das Schwesterunternehmen „Genericon“ wird gegründet. Durch Pharmageschäfte in Ungarn wird die Vermögensbilanz Bartensteins nach oben geschraubt.

1995 überträgt der nunmehrige Minister die Lannacher-Geschäftsführung aus Unvereinbarkeitsgründen seinem Bruder. Um Steuern zu sparen, wird die „Lithos Privatstiftung“ gegründet. Mit bescheidenen 5% des Vermögens sind sämtliche Steuern bei Privatstiftungen erledigt. Die Gewinne selbst bleiben nahezu steuerfrei. „Legale Steuerhinterziehung für Superreiche“, nennen Kritiker dieses Konzept. Vorstandsmitglied der Lithos Privatstiftung ist etwa Bernhard Frizberg, Bruder des steirischen Wirtschaftskammer-Vizepräsidenten Gilbert Frizberg.



Zusätzlich zu seinem Ministereinkommen besitzt Martin Bartenstein ein Vermögen von mehr als 100 Millionen Euro.

Nebenwirkungen

Das wichtigste Produkt der Bartensteins sind Generika. Während Bartensteins Frau Ilse und Bruder Stefan die Firmengruppe mit 102 Mio. Euro Umsatz managen, beschließt Martin im Ministerrat einschlägige Gesetze, darunter den politisch forcierten Generika-Umstieg, mit.

Ein weiterer Schachzug: Die Zusammenlegung von Wirtschaft und Arbeit in ein „Bartensteinministerium“. Der Unternehmer wurde damit Herr über höchst widerstrebende Interessen. Unternehmerfreundliches Sozial- und Lohndumping bleibt auch unter rot-schwarzer Regierung Bartensteins Reich.

REICHTUMSBERICHT

Der ungerechten Verteilung des Wohlstandes – 10 Prozent der Österreicher besitzen 90 Prozent des Vermögens – ging die KPÖ auf den Grund. Der zweite Teil des Reichtumsberichts zeigt exemplarisch an sieben superreichen Steirern, wo das Geld zuhause ist. Die Broschüre kann bei KPÖ Bildungsverein kostenlos bezogen werden: bildungsverein@kpoe-steiermark.at, Tel. 0316/ 22 59 32.

Helfen statt reden
Uns ist kein Problem zu klein

Notruf 0316/ 877 5104

in Stadt
Land

KPÖ

Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten. Freitag im Landhaus!



Ausgesteckt: Staatsanwaltschaft ermittelt, ob Strom zu teuer war.

Zu hoher Strompreis: Anzeige erstattet

Hat die Steweg-Steg ihren Kunden um 11,8 Millionen zu viel verrechnet? Ein Stromkunde erstattete Anzeige. Untersuchung läuft.

Mit einer Betrugsanzeige gegen Manager der Steweg-Steg beschäftigt sich derzeit die Grazer Staatsanwaltschaft. Denn der Krieglacher Stromkunde Ferdinand Hörmann erstattete mit Unterstützung der KPÖ Anzeige. Er wirft der Stromgesellschaft versteckte und unangekündigte Preiserhöhungen vor. Der Stromkonzern schwindle seit dem Jahr 2000, meint er; vor allem sei damals die Miete für die Stromzähler doppelt verrechnet worden.

Der KPÖ-Abgeordnete Werner Murgg, dessen Partei die Rechtsanwaltskosten für die Formulierung der Anzeige übernommen hat, meint, „dass unserer Meinung nach die Steweg-Steg gewisse Strompreissenkungen, die ihr eigentlich vom Gesetzgeber aufgetragen waren, nicht

an die Kunden weitergegeben und sie sich dadurch einige Euro zurückbehalten hat“. Hörmann seien vor fünf Jahren 25 und im Jahr 2006 acht Euro zu viel verrechnet worden. Hochgerechnet auf alle Steweg-Kunden betrage der Schaden 11,8 Millionen Euro, so Murgg.

Für die „Steweg-Mutter“ Energie Steiermark (ESTAG) sind die Vorwürfe ungerechtfertigt. „Die Energie Steiermark gehört zu den bestgeprüften Unternehmen der Steiermark. Der Landesrechnungshof und der Bundesrechnungshof haben dieses Unternehmen untersucht. Diese Experten wären auf diese Missstände draufgekommen“, so ESTAG-Sprecher Urs Harnik.

Schützenhilfe bekommt Hörmann von der Arbeiterkammer (AK). Dort meint man dagegen, dass die Vorwürfe von der KPÖ schon etwas für sich haben, wenn auch ein Betrug kaum nachweisbar sein werde. Das letzte Wort hat damit die Staatsanwaltschaft.

KOMMENTAR

Deutscher Salat im steirischen Krankenhaus

Von KPÖ-LAbg. Renate Pacher



Wenn in steirischen Spitälern Fertigsalat aus Deutschland serviert wird, stimmt etwas nicht. Die Ursache dafür liegt in einer verfehlten Einkaufspolitik. Regionale Produkte werden oft zu wenig geschätzt. Dabei könnten in Österreich ca. 18.000 neue Arbeitsplätze entstehen, wenn nur 10% mehr regionale statt importierte landwirtschaftliche Produkte gekauft würden.

Dadurch würde auch dem „Bauernsterben“ entgegengewirkt. Von 1995 bis 2005 haben in der Steiermark beinahe 9.000 Bauernhöfe aufgehört zu existieren. Hingegen hat die Anzahl der Betriebe über 50 ha zugenommen. „Wachsen oder weichen“ ist auch in der Landwirtschaft Realität. Die EU schafft dafür die Rahmenbedingungen: Die „Großen“ werden gefördert, die „Kleinen“ zum Aufgeben gezwungen. EU-weit bekommen 20% der Betriebe satte 80% der Förderungen! Auch in Österreich bietet sich bei den Agrarförderungen ein ähnliches Bild.

Der Kauf regionaler Produkte durch die öffentliche Hand sollte selbstverständlich sein. Aber was

passiert wirklich? In den Spitalsküchen der KAGes wird fertig geschnittener Salat aus Deutschland verwendet. Die Qualität und Haltbarkeit sei höher und die Einkaufspreise günstiger als Vergleichbares aus Österreich, ließ Spitalslandesrat Helmut Hirt wissen. Die wahre Ursache liegt in den eingesparten Personalkosten. Das ist gut für das Budget der KAGes, aber gesellschaftlich gesehen ein Irrsinn.

Lange Transportwege sind eine Umweltbelastung und vermindern die Qualität – vom Lärm für die Anrainer der Autobahnen ganz zu schweigen. Und es wird in Kauf genommen, dass die Wertschöpfung, die Schaffung von Arbeitsplätzen im Ausland geschieht – zum Schaden für unsere regionalen Bauern.

Ein Umdenken ist gefragt. Deshalb hat die KPÖ im Landtag den Antrag gestellt, dass überall im Einfluss des Landes künftig regionale landwirtschaftliche Produkte angekauft werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ein erster, kleiner Schritt ist getan. Nun gilt es, diesen Weg weiter zu gehen.



Im Spital: Salat aus der Steiermark statt aus Deutschland!



AUS DEM LANDTAG: SITZUNG VOM 13. FEBRUAR 2007

Kindergeldkürzung und Landtag sagt Nein!

Lkw-Abgase

Beim Feinstaub wird viel auf den Autos herumgehackt. Keine Frage – sie tragen viel zum Problem bei. Aber mindestens gleich groß ist der Anteil der Lkw beim Feinstaub-Problem. Die KPÖ stellte im Landtag einen Antrag nach Maßnahmen, welche die vom Lkw-Verkehr verursachte Feinstaubbelastung verringern sollen. Der wurde jedoch von SPÖ und ÖVP abgelehnt. „Die Autofahrer werden geärgert, die Lkw-Lobby bleibt ungeschoren“, ärgert sich KPÖ-Abgeordnete Renate Pacher.

Geheime Förderungen

Öffentliche Förderungen dürfen nicht geheim sein. Eine Kontrolle samt einem regelmäßigen, öffentlich zugänglichen Förderbericht, in dem genau steht, wer was wofür bekommen hat, ist unerlässlich. Ernest Kaltenegger (KPÖ): „Wer öffentliches Geld in Anspruch nimmt, muss auch bereit sein, sich nennen zu lassen.“ Ein entsprechender Entschließungsantrag der KPÖ wurde aber von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Einbett-Zuschlag

Ein großes Problem bei kleinen Pensionen ist der Einbettzimmer-Zuschlag in Pflegeheimen. Derzeit können bis zu 180 Euro im Monat Einbettzimmer-Zuschlag verlangt werden. Die ärmeren Gepflegten müssen dafür einen Großteil ihres Taschengeldes hergeben. Die KPÖ stellte den Antrag, für kleine Pensionen den Einbettzimmerzuschlag zu streichen, für etwas höhere Pensionen eine soziale Staffelung einzuführen. Auch dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Geht es nach den Vorstellungen der ÖVP, werden an der FH Joanneum die jüngst abgeschafften Studiengebühren wieder eingeführt und soll werdenden Müttern, so sie das Rauchen nicht aufgeben, das Kindergeld gekürzt werden. KPÖ, Grüne und SPÖ haben im Landtag diesen Bestrebungen eine Absage erteilt!

Johann Bacher (ÖVP) brachte die Vorschläge auf den Punkt: „Wenn sich jemand um das Neugeborene nicht kümmert, soll das Kindergeld gekürzt werden können!“ KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler begrüßte ausdrücklich den von der Volkspartei vorgeschlagenen Ausbau der Beratung. Eine Kindergeldkürzung lehnt sie ab. Klimt-Weithaler: „Damit würde man in erster Linie dem Kind schaden, für seine Entwicklung ist das Geld schließlich da!“ Auch Ingrid Lechner-Sonnek (Grüne) will von einer möglichen Kürzung nichts wissen. Schließlich sei der Schutz des Kindes vor jeder Art von Drogen auch Sache des Vaters.

Ebenso baden ging die ÖVP mit ihrem Antrag, die vor kurzem abgeschafften Studiengebühren an der Fachhochschule Joanneum wieder einzuführen. Mit den damit frei werdenden Mitteln, ca. zwei Millionen Euro, will die ÖVP das letzte Kindergartenjahr für alle Familien gratis anbieten bzw. die Erhöhung der Musikschulbeiträge wieder zurücknehmen. Ernst Gödl (ÖVP) kritisierte die, seiner Meinung nach, bestehende Zwei-Klassen-Gesellschaft in der Steiermark bezüglich Studiengebühren. An sechs Hochschulen müsse man Studiengebühren zahlen, an der FH Joanneum nicht. Für die KPÖ ist Bildung keine Ware, sondern ein Grundrecht.

Klimt-Weithaler: „Das Recht auf Bildung ernst nehmen, heißt den freien Zugang zur Bildung aufrechterhalten!“ Die KPÖ wendet sich dagegen, Studierende gegen Familien mit Kindergartenkindern auszuspielen.

Verschlechterungen für Landesbedienstete

Mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ wurde eine Novelle des Dienst- und Besoldungsrechtes für Landesbedienstete beschlossen. KPÖ und Grüne stimmten dagegen. So müssen Bedienstete, wenn sie innerhalb von drei Jahren nach Ausbildung den Dienstgeber wechseln, nun die Ausbildungskosten zurückzahlen. Außerdem soll beim Fahrtkostenersatz gespart werden.

Sparen beim Fuhrpark

KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger wandte sich vehement gegen diese Verschlechterungen. „Gespart wird immer unten. Besser wäre es, beim Fuhrpark der Landesregierung zu sparen!“ Für die ÖVP verteidigte Klubobmann Christopher Drexler die Maßnahme. Alles sei ohnehin mit der Personalvertretung abgesprochen. Drexler warf dem KPÖ-Klubobmann „billigen Populismus“ vor. Gegen die Stimmen von KPÖ und Grünen wurde das steirische Elektrizitätswirtschafts- und organisationsge-



setz geändert. Die Änderung wurde durch EU-Richtlinien notwendig. Renate Pacher (KPÖ): „Für die von der EU geforderte Liberalisierung der Strommärkte ist ein Regelwerk notwendig.“ Pacher erinnerte daran, was im Zuge der Liberalisierung den Menschen nicht alles versprochen worden sei. Tatsächlich sei der Strompreis für Haushalte seit 2000 um 15 Prozent gestiegen. „Die Haushalte subventionieren den Billigstrom für die Industrie.“ Eine dringliche Anfrage der ÖVP an Landeshauptmann Voves bezüglich des eben erst abgehaltenen Infrastrukturgipfels in Graz führte zu einem belanglosen Schaukampf zwischen SPÖ und ÖVP. Ernest Kaltenegger (KPÖ) nannte das Ganze „einen Jahrmarkt der Eitelkeiten“, Lechner-Sonnek (Grüne) sprach von einer „peinlichen Debatte“.

Studiengebühren:



Sparkurs für Spitäler

Die „Steirische Gesundheitsplattform“ – sie steuert die medizinische Versorgung in der Steiermark – fasste Ende Jänner einen folgenreichen Beschluss: Krankenhäuser, die über dem Österreich-Schnitt Patienten aufnehmen, bekommen weniger Geld.

Im Klartext bedeutet das, dass die Spitalerhalter in Zukunft vermehrt betriebswirtschaftlichen Druck auf Ärzte ausüben werden, weniger Patienten in die Spitäler einzuweisen. Letztlich wird der Sparkurs am Rücken der Patientinnen und Patienten ausgetragen. Gegen diesen unseligen Beschluss haben lediglich die beiden KAGES-Vorstände Ernst Hecke und Christian Kehrer gestimmt. Die Gesundheitsplattform

besteht aus 21 stimmberechtigten Mitgliedern. Neben den KAGES-Vorständen sitzen unter anderem der zuständige Landesrat Helmut Hirt (SPÖ), fünf von der Landesregierung, also von SPÖ und ÖVP, entsandte Vertreter und vier von der Gebietskrankenkasse delegierte Vertreterinnen und Vertreter in der Gesundheitsplattform. Für die SPÖ gehören der Plattform unter anderem die Landtagsabgeordneten

KOMMENTAR

Kein Sparen am Rücken der Patienten!

Von KPÖ-LAbg. Werner Murgg



Die steirischen Spitäler nehmen angeblich zu leichtfertig Patienten auf. Dafür sollen sie nun finanziell bestraft werden. Das hat die Gesundheitsplattform unlängst beschlossen. Krankenhäusern, die über dem Österreich-Schnitt Patienten aufnehmen, sollen die Mittel gekürzt werden. Vom zuständigen SPÖ-Landesrat Helmut Hirt war dazu folgendes zu vernehmen: „Wir können uns nicht mehr leisten, in Luxus zu schwelgen!“ Eine Aussage, die zur persönlichen Erfahrung der steirischen Spitalspatientinnen und -patienten in krassm Widerspruch steht. Betten am Gang, oft lange Wartezeiten bis man einen Operationstermin bekommt oder das Auflassen ganzer Abteilungen an verschiedenen Landeskrankenhäusern, kann kaum als Luxus bezeichnet werden. Klar ist, dass ein gut funktionierendes Spitalswesen seinen Preis hat. Im angeblich siebentreichsten Land der Welt sollte das kein Thema sein! Trotzdem soll, geht es nach dem Willen der Landesregierung, jetzt am Rücken der Patienten gespart werden. Man braucht kaum Prophet zu sein, um vorherzusagen,

dass auf Grund dieses Beschlusses die Spitalerhalter vermehrt betriebswirtschaftlichen Druck auf die Ärzte ausüben werden, Patienten in Zweifelsfällen nicht ins Spital einzuweisen. Wenn die Ärztevertreter nun vor diesem Druck auf die Ärzteschaft warnen, bleibt die Frage, warum sie in der Gesundheitsplattform nicht gegen diesen Beschluss gestimmt haben. Dort sind die beiden Ärztevertreter umgefallen. Mir ist völlig unverständlich, daß auch die Vertreterin der Patientenombudschaft dieser Sparmaßnahme zugestimmt hat. Gerade sie sollte einzig und allein dem Interesse der Patientinnen und Patienten verpflichtet sein und nicht irgendwelchen abstrakten Spargedanken! Aber auch die Vertreter von SPÖ und ÖVP in der Plattform, die Landtagsabgeordneten Johann Bacher (ÖVP) und Ursula Lackner und Barbara Gross (SPÖ) werden sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, in einer entscheidenden Frage vor betriebswirtschaftlichem Druck in die Knie gegangen zu sein, statt für eine ausreichende Budgetierung unserer Spitäler zu kämpfen!

Ursula Lackner und Barbara Gross, für die ÖVP der Abgeordnete Johann Bacher an. Auch die Ärztekammer ist mit zwei Mitgliedern vertreten, die Patienten- und Pflegeombudschaft mit einem Mitglied. Die nicht in der Landesregierung vertretenen Parteien, KPÖ und Grüne, stellen kein stimmberechtigtes Mitglied. Harald Gaugg, der Geschäftsführer der Gesundheitsplattform, will mit dieser Maßnahme vermeint-

liche Fehlentwicklungen korrigieren. „Wir sind Spitze bei den Aufnahmen und haben auch zu viele Spitalsbetten“, wird Gaugg in der Kleinen Zeitung zitiert. Herwig Lindner, der Spitalsärztevertreter in der Plattform, warnt zwar vor betriebswirtschaftlichem Druck auf Ärzte – den Sparmaßnahmen hat er trotzdem zugestimmt. Ebenso zugestimmt hat Josef Pessler, seines Zeichens Gewerkschafter und Obmann der GKK.

LAND UND BUND SPONSERN LUXUSTHERME BLUMAU

9,7 Millionen Schuldenerlass

Trotz unternehmerischer Fehlleistungen schenkt das Land der Therme Blumau ein Darlehen über 4,8 Millionen Euro, der Bund verzichtet auf 4,9 Millionen. KPÖ pocht für die Zukunft auf Beteiligung statt auf Geschenke.

Heute droh ich, morgen kassier ich, übermorgen sperr ich die Therme Blumau vielleicht trotzdem zu. Ach wie gut, dass jeder weiß, dass ich Robert Rogner heiß.“ – So ähnlich könnte das Liedchen lauten, das Blumau-Bauer und Betreiber Robert Rogner unlängst angestimmt hat. Der Baulöwe hat ja im Dezember gedroht, seine Hundertwasser-Therme in Konkurs zu schicken, wenn nicht Land und Bund auf die Rückzahlung von Krediten verzichten.

Beide verzichteten, aber anstatt dafür auf eine Beteiligung zu pochen und Einfluss zu bekommen, steigt Raiffeisen Leasing ein und übernimmt die Anlage; Rogner bleibt Betreiber von Therme und Hotel. Wenigstens gibt es Jobgarantien für 234 Arbeitsplätze: Jeder bis 2021 gestrichene Arbeitsplatz kostet Rogner 21.000 Euro, so das Verhandlungsergebnis von Wirtschaftsminister Martin Bartenstein.

Luxustherme

Wer in der Blumauer Hundertwasser-Therme planschen will, legt 44 Euro für eine Tageskarte auf den Tisch; Kinder ab 6 zahlen dann 24 Euro. Trotz der gewaltigen Tarife – oder vielleicht gerade deshalb – kam die Therme in Finanznöte. Wegen „unternehmerischer Fehlleistungen“, wie Landeshauptmann Franz Voves kri-

tisierte. Dennoch verzichtet das Land – mit Stimmen von SPÖ und ÖVP – die Grünen waren wie die KPÖ gegen das Geldgeschenk – auf ein Darlehen über 4,8 Millionen Euro. Um einen Leitbetrieb, einen „Flagship-Store“ für den Ganzjahres-Qualitätstourismus zu erhalten, wie Voves medial rechtfertigte.

Kurz darauf zog Wirtschaftsminister Bartenstein nach und schenkte Thermenbetreiber Rogner weitere 4,9 Millionen aus einem Bundeskredit. Statt 9,8 muss Rogner nur 4,9 Millionen zurückzahlen. Ursprünglich wollte Rogner überhaupt nur 1,9 Millionen rausrücken.

Beteiligung statt Geschenk

Für die KPÖ sind diese Geldgeschenke an die Luxustherme nicht vertretbar. Sie stellte im Landtag den

Antrag, größere Wirtschaftsförderungen in Zukunft an eine Beteiligung des Landes zu knüpfen. Etwa durch die von Landeshauptmann Voves angekündigte Landesholding, die es noch immer nicht gibt. Dadurch gebe es mehr Kontrolle und Einfluss, und im Falle von Gewinnen würde das Land sogar profitieren. Allein: SPÖ, ÖVP und Grüne stimmten gegen diese Art der Beteiligung.

So bleibt es dabei: Die Therme Blumau darf weiterhin enorme Tagespreise verlangen und wird auch in Zukunft nicht wirklich ausgelastet sein. Kein Wunder, denn wer kann sich das leisten? Außerdem ist die Konkurrenz groß und günstiger. Und so braucht man kein Prophet zu sein um vorauszusagen, dass es wieder eine Diskussion geben wird, ob die Therme doch schließen muss.

Siehe auch Umfrage S. 24



Die teuerste steirische Therme erzwingt einen Schuldenerlaß. Das hinterläßt einen bitteren Nachgeschmack.

Foto: Therme Blumau



Die vier Abgeordneten der KPÖ im Landtag und die beiden Grazer KPÖ-Stadträtinnen legten zum Jahreswechsel offen, was mit ihren Bezügen geschieht: Allein 2006 halfen sie mit fast 135.000 Euro.

DER SOZIALFONDS

In den KPÖ-Sozialfonds zahlen die KPÖ-Landtagsabgeordneten Ernest Kaltenecker, Claudia Klimt-Weithaler, Werner Murgg und Renate Pacher sowie die Grazer KPÖ-Stadträtinnen Elke Kahr und Wilfriede Monogioudis ein.

Die KPÖ Politikerinnen und Politiker behalten von ihren Polit-Einkommen rund 1900 Euro netto monatlich, das orientiert sich an einem durchschnittlichen Facharbeitereinkommen. Zweit-Einkommen gibt es nicht. Der Sozialfonds wird in Notfällen eingesetzt, wo die staatlichen Sozialnetze versagen.

KPÖ-POLITIKERBEZÜGE FÜR NOTFÄLLE

134.687 Polit-Euro gespendet

Exorbitant hoch sind die Bezüge vieler Politiker. Die KPÖ-Mandatare nutzen das, um in Not Geratenen zu helfen: 2006 wurden 777 Personen mit 134.687 Euro unterstützt. Insgesamt gingen seit 1998 schon 502.000 Euro an Bedürftige.

Wenn die Not am größten ist, ist guter Rat oft teuer. Wenn das soziale Netz versagt, springt der KPÖ-Sozialfonds ein. In diesen Fonds fließt der Großteil der KPÖ-Politikerbezüge. „Seit 1998 stellen wir dieses Geld zur Verfügung“, erklärt Wohnungsstadträtin Elke Kahr. In diesem Jahr wurde Ernest Kaltenecker Stadtrat in Graz und damit Bezieher eines Politikereinkommens von mehr als 5.000 Euro. Als Kritiker der überhöhten Einkommen beschränkte er sich persönlich auf ein Facharbeitereinkommen und nützte das darüber hinausgehende Geld für wirkliche Notfälle. Diesem Vorbild folgen die KPÖ-Mandata-

rinnen und -Mandatare in der Stadtregierung und im Landtag. „Wir wollen nicht an Bodenhaftung verlieren“, erklärt Stadträtin Kahr, „und wir wollen denen helfen, die in Not geraten sind“.

Der Großteil dieses Geldes wird für unvorhergesehene Belastungen verwendet. Heilbehelfe, Sanierungsarbeiten in Wohnungen, Zahlungsrückstände bei Heizung oder Strom – all das findet sich auf den Sorgenlisten derer, die bei den KPÖ-Mandataren ein offenes Ohr finden.

Die KPÖ-Stadträtinnen und die Landtagsabgeordneten behalten rund 1900 Euro für sich selbst. „Das ist ein ausreichendes Gehalt. Die Menschen, die in meine

Sozialberatung kommen, können von so einer Summe nur träumen. Und wir sollten uns nicht zu weit entfernen von den Menschen, die uns um Hilfe bitten“, sagt Landtagsabgeordnete Renate Pacher.

„Wir achten darauf, dass das Geld sinnvoll eingesetzt wird“, so Ernest Kaltenecker, KPÖ-Klubchef im Landtag, „wenn jemand spielsüchtig ist, dann hilft man ihm nicht damit, dass man Geld hergibt. Oft geht das Geld auch direkt an Hausverwaltungen, Energieunternehmen oder Schulen, wenn Eltern sich eine Schullandwoche des Kindes nicht leisten können“.

Freilich geht es um noch mehr als um das Verteilen von Geld. „Es zählt auch die menschliche Beratung. Wir hören die Anliegen an, ohne herunterzuschauen. Es ist auch wichtig, dass die Menschen wissen, dass sie bei uns

ihre Sorgen ohne Vorbehalte vorbringen können“, erklärt Elke Kahr, „es gibt einfach viele, die würden nie zur Caritas gehen oder zum Sozialamt, weil sie sich genießen. Aber zu uns kommen sie“.

Die KPÖ-Politiker wollen damit einen Anstoß geben, damit sich global etwas verändert. Sie denken an eine Steuerreform, die nicht wie bisher vor allem die Konzerne, die Reichen und deren Stiftungsvermögen entlastet. Vor allem „die Leute müssen anständig verdienen. 1.000 oder weniger Euro für einen 38-Stunden-Job sind nicht tragbar“, so Landtagsabgeordneter Werner Murgg, der an geänderte Kollektivverträge und gesetzliche Mindesteinkommen denkt.

Ein weiter Weg ist also noch zu gehen. Vielen wird er mit dem Sozialfonds der KPÖ auch weiter etwas leichter fallen.

Admiral ist in Sachen Wettcafés und Glücksspiel der Platzhirsch in Österreich. In Wien, Kärnten, der Steiermark und seit 2006 auch in Niederösterreich dürfen Wettautomaten aufgestellt werden. Dass diese Lokale das Verbrechen anziehen zeigt die Tatsache, dass 2006 mehr als 20 Raubüberfälle allein auf steirische Wettcafés verübt wurden.



STANDORTABGABE FÜR WETTCAFES

Das Geschäft mit dem Pech

Betreiber von Glücksspielseiten im Internet, Wettcafés und Automatenhersteller machen Riesengewinne. Die EU will das Geschäft mit dem Pech freigeben.

Um extreme Gewinne geht es beim Glücksspiel. Vor allem die Internet-Anbieter und die Wettcafés sahen gewaltig ab: Mit gut 375 Millionen Euro beziffert bwin seine „Brutto-Gaming-Erträge“ 2006 – und das mit im Vergleich zum Casino minimalem Aufwand.

Ähnliches gilt für die Glücksspiel-Cafés, in denen Automaten stehen. Hier heißt der Marktführer in Österreich Novomatic. Das Unternehmen aus Niederösterreich ist seit 25 Jahren im Glücksspielgeschäft, darf sich mit einer staatlichen Auszeichnung schmücken und ist auch Eigentümer der Admiral-Sportwetten

GmbH.

Admiral betreibt rund 140 Wettcafés in Österreich – 46 in der Steiermark, 12 davon in Graz, die restlichen in Wien und Kärnten. Denn nur dort – und seit kurzem in Niederösterreich – dürfen die Spielautomaten für das „Kleine Glücksspiel“ mit 50 Cent Einsatz aufgestellt werden.

In Niederösterreich sorgte die Bewilligung für 2500 neue Automaten im letzten Jahr für einen gewaltigen Wirbel. Die nun zur Staatssekretärin aufgestiegene Ex-SPÖ-Sozial- und Jugendlandesrätin Christa Kranzl wehrte sich gegen die Abzocke und wollte „Jugendliche vor dem Absturz

in die Spielsucht schützen“. Daraufhin klagte Novomatic auf Schadenersatz bis zu 20 Millionen Euro pro Jahr – „zur Einschüchterung und Warnung an alle Politiker“, so Kranzl, die dann auch noch vom niederösterreichischen Landeshauptmann Erwin Pröll zurückgepiffen wurde. Schlussendlich gab es eine Bewilligung für 1800 Automaten, woraufhin Novomatic die Klage zurückzog.

Besagte 20 Millionen zeigen klar, wie viel Geld mit den Automaten zu machen ist. Denn besagte Summe kommt heraus, wenn pro Tag 30 Euro in jedem der 1800 Automaten landen; in Wahrheit ist es ein Vielfaches dieser Summe, das Verbrechen anzieht, das Spielsüchtige in den Ruin stürzt.

Deshalb pocht die KPÖ

auf eine strenge Einhaltung des Glücksspielmonopols – auch beim sogenannten „kleinen Glücksspiel“ und eine strenge Kontrolle in diesem Bereich. Langfristig soll das „Kleine Glücksspiel“ verboten werden, bei dem es durch bestimmte Einstellungen am Glücksspiel-Automat ganze 48 Sekunden dauert, bis 100 Euro verzockt sind.

GLÜCK UND KIRCHE

Vom Unglück mit dem Glücksspiel profitiert auch die katholische Kirche. Das Stift Admont besorgte 58.000 Aktien von bwin, so das Wirtschaftsblatt. Über die Bank der katholischen Kirche Schelhammer & Schattera – sie rühmt sich „christlicher Verantwortung“ – besitzt die Kirche 5,3 Prozent an den lukrativen Casinos Austria.

GLÜCKSSPIEL

„Problem nicht herunterspielen“

Das sogenannte Kleine Glücksspiel wird für immer mehr Steirerinnen und Steirer ein Riesenproblem. Man rechnet derzeit mit 16.000 Spielsüchtigen. KPÖ-Abgeordneter Ernest Kaltengger im Gespräch zum Suchtfaktor, zu enormen Geldverlusten und Hilfsmöglichkeiten.

Herr Kaltengger, wie beurteilen Sie die Situation um das legale Glücksspiel in der Steiermark?

Kaltengger: Die Steiermark gehört zu den Bundesländern, in denen das sogenannte „Kleine Glücksspiel“ zugelassen ist. Mit der Vorgabe eines maximalen Einsatzes von 50 Cent und einem Höchstgewinn von 20 Euro pro Spiel hoffte der Gesetzgeber, ein Ausufer zu verhindern. Die Absicht ist völlig gescheitert: Durch wenige Handgriffe am Automaten lassen sich die gesetzlichen Vorgaben sehr einfach umgehen und statt der 50-Cent-Münze wandert gleich ein 100-Euro-Schein in den Automaten. Die Auswirkungen sind fatal.

Was passiert?

Kaltengger: Zuerst wird das eigene Geld verspielt, dann werden Verwandte und Freunde angepumpt, im Extremfall führt der Weg in die Beschaffungskriminalität. Existenzen werden ruiniert, Familien zerstört, gesundheitliche Probleme stellen sich ein und leider gar nicht so selten endet Spielsucht im Freitod von Betroffenen.

Trifft es da vorwiegend Erwachsene?

Kaltengger: Nein. Fachleute schätzen, dass jeder dritte Spielsüchtige unter 18 Jahre alt ist. Immer wieder gibt es Klagen über äußerst mangelhafte Alterskontrollen bei Glücksspielautomaten, aber auch

bei Sportwetten, Glücks- und Rubbellosen.

Man könnte doch meinen, es sei nur eine Minderheit von der Spielsucht betroffen.

Kaltengger: Laut Schätzungen von Experten sind 1,5 Prozent der Österreicher krankhafte Spieler, drei Prozent dürften latent gefährdet sein. Umgelegt auf die steirische Bevölkerung wären es bei uns ca. 16.000 akut Betroffene.

Wie könnte man dem Problem beikommen?

Kaltengger: Das Ziel für die KPÖ ist ein Verbot des „Kleinen Glücksspiels“. Um den Wildwuchs von Wettcafés einzudämmen, wäre die Einführung einer Standortabgabe sinnvoll. Und die Lustbarkeitsabgabe für Spielautomaten ist zumindest auf das Wiener Niveau anzuheben. Dort zahlen die Aufsteller 1400 Euro pro Monat; in der Steiermark sind es nur 467,50 Euro. Der Mehrerlös soll Therapieeinrichtungen zugute kommen.

Außerdem fordert die KPÖ, dass Geldspielapparate einen Hinweis auf Betreuungseinrichtungen und Selbsthilfegruppen für Spielsüchtige tragen müssen. Und Spielerinnen und Spieler müssen sich sperren lassen können, woraufhin ihnen das Benützen von Geldspielautomaten verwehrt ist.

Vor allem muss es wirksame Kontrollen durch die Behörden geben, damit alle Auflagen rigoros eingehalten werden.



Die Steiermark braucht ein „Kleines Glücksspielmonopol“.

Leserreaktion auf unseren Bericht

Ruinöses Glücksspiel

Was hier in der Steiermark passiert sind schon mafiöse Zustände. Dass hier dem Betrug kein Riegel vorgeschoben wird, ist mehr als fragwürdig.

Was hier als sogenanntes „kleines Glücksspiel“ bezeichnet wird ist alles andere als klein. Ein sehr guter Freund von mir hat in weniger als einer Stunde seine gesamte Abfertigung für sieben Jahre Arbeit verspielt.

Mehr als einmal habe ich gesehen wie jemand in weniger als einer Stunde zwischen 6.000 und 7.000 Euro verspielt hat. Und das wird als kleines Glücksspiel bezeichnet!

Mit dem „illegalen“ Startknopf drückt man einmal (!) und mit diesem einzigen Knopfdruck hat man binnen fünf Minuten 1000 Euro verloren!

Ein Leser (Name der Red. bekannt)

ZU WENIG EINHEIMISCHE

Wintertourismus: „Menschen

Das obere Ennstal lebt vom Wintertourismus. Von Dezember bis März gibt es heuer nicht nur zu wenig Schnee, sondern Jahr für Jahr auch viel zu wenig heimische Arbeitskräfte, um den Bedarf von Hotellerie und Gastronomie abzudecken. Die Folgen: Mega-Stress bei den Bediensteten und „Arbeitskräfteimport“ mit teilweise umstrittenen Methoden. – VON REINHARD CZAR

Die Weihnachtsfeiertage sind wirklich stressig“ – bevor es mit dem Semesterferienreigen wieder richtig losgeht, können Köche, Kellner und Zimmermädchen in dem einen oder anderen Betrieb der Dachstein-Tauern-Region wieder ein wenig durchatmen; aber nur sehr, sehr kurz. Die Pause, die keine ist, wurde hart verdient, wie der Stoßseufzer einer Betroffenen zeigt: „Silvester war wirklich die Hölle. Das würde ich am liebsten ab-

schaffen.“ Während sich die zu befürchtenden Auswirkungen des Klimawandels für die vom Wintertourismus lebende Region erst in Jahrzehnten wirklich manifestieren werden, zeigen sich andere Probleme der ausschließlichen Konzentration auf den Winter bereits jetzt: Jahr für Jahr fehlen dem Tourismus während des Winters qualifizierte Arbeitskräfte. Außerhalb der Wintersaison gibt es in den meisten Tourismus-

betrieben zu wenig Arbeit für Vollzeitkräfte – im Winter dreht sich die Situation vollkommen: Die offenen Stellen können mit Einheimischen allein schon lange nicht mehr abgedeckt werden. Deshalb kam es seit dem Fall des Eisernen Vorhangs zu einer seltsam anmutenden Umkehr: Deutsche Staatsbürger zählen längst nicht mehr nur zu den gern gesehenen Gästen in den Hotels und Restaurants der Gegend, sondern werden auch hinter dem Tresen, sprich als Köche und Kellner, geschätzt.

Jobbörse oder „Menschenhandel“?

In diesem Sinne fand im Dezember 2006 eine vom Arbeitsmarktservice (AMS)

Gröbming gemeinsam mit der Wirtschaftskammer veranstaltete Jobbörse statt, bei der Gastro-Kräfte aus dem Nürnberger Raum mit Unternehmern aus der Dachstein-Tauern-Region zusammengebracht wurden. Beim AMS zeigte man sich mit der Aktion durchaus zufrieden. Bei dem „Treffen“ Anwesende fanden hingegen das weniger schmeichelhafte Wort vom „Menschenhandel“ – geäußert übrigens von einem potenziellen Arbeitgeber und nicht etwa von einem „arbeitsunwilligen“ Jobsuchenden, wie man auf den ersten Blick meinen könnte.

Braune Wiesen statt weißer Pisten

Der heurige Winter mach-



In der Dachstein-Tauern-Region zählt der Wintertourismus zu den wichtigsten Einnahmequellen. Um grenzenloses Schivergnügen zu garantieren, müssen Pistenarbeiter (fast) rund um die Uhr arbeiten. Präpariert wird hauptsächlich nachts.

BUCHTIPP



Die vielfältigen Seiten des Wintertourismus in der Dachstein-Tauern-Region werden im neuen Roman „Pulverschnee & Pistenspaß – Die Chaosfamilie auf der Schladminger Planai“ von Reinhard M. Czar satirisch aufs Korn genommen. Die Familienurlaubsgeschichte ist im Verlag F. Sammler erschienen und im Buchhandel erhältlich.

„Handel“ in Gröbming

te es den Verantwortlichen aber nicht nur wegen des Personalmangels schwer, das auf die Schipisten zu zaubern, weswegen die Touristen in Massen in die Dachstein-Tauern-Region strömen: Schnee. Wieder einmal mussten die immer weiter nach vorne verlegten Ski-Openings reihenweise abgesagt werden, der um elf Millionen Euro neu errichtete Golden Jet auf die Schladminger Planai gondelte bei der Eröffnungsfahrt noch übers Grüne. Doch dann kam die Kälte, und mit ihr konnten die Schneekanonen gerade noch rechtzeitig angeworfen werden, um ab Weihnachten zumindest auf

den Pisten das gewünschte Winter-Wunderland zu garantieren.

Keine Chance gegen Schi-WM

Die Saison scheint gerettet, denn alle einschlägigen Untersuchungen zum Tourismus in der Gegend zeigen: Was in der Dachstein-Tauern-Region im Winter nicht verdient wird, das kann über den Sommer niemals aufgeholt werden.

Zaghafte Versuche, den Sommertourismus beispielsweise durch eine stärkere Betonung des Wanderangebots oder Österreichs längste Downhill-Strecke

für Mountainbiker von der Planai ins Tal anzukurbeln, gibt es zwar. Der spektakulärste Wanderweg hat aber naturgemäß keine Chance im Vergleich zu den Schiweltmeisterschaftsträumen der diesbezüglich ohnehin bereits seit der Ski-WM 1982 verwöhnten Stadt Schladming.

Da helfen alle Cassandra-Rufe der Klimatologen, dass es in Bälde keinen Schilauflauf mehr unter 1.200 Meter Seehöhe geben wird, nichts. Übrigens, Schladming liegt auf 745 Meter Seehöhe, der Start für das „berühmteste Kind“ der Gegend, den Nachtschlamm, auf 968 Meter.

EUROFIGHTER-SKANDAL

Mit „Susi-Sorglos-Paket“ liefs „wie geschmiert“

6,6 Millionen Euro umfasste der umstrittene Millionen-Werbevertrag zwischen der „100 % Communications“-Agentur von BZÖ-Wahlkampfleiter Gernot Rumpold und EADS.

Doch nur zwei der 6,6 Mio. Euro wurden nachweislich für Werbeeinschaltungen ausgegeben. Wofür die restliche Summe – also mehr als 4 Millionen Euro! – aufgewendet wurde, konnte EX-EADS Manager Bergner nicht sagen, er stellte lediglich Vermutungen an und sprach von einer umfassenden Beratungs- und Betreuungstätigkeit seitens der Rumpold-Agentur. Diese habe für die EADS ein „Su-

si-Sorglos-Paket“ geschnürt. Auch PR-Berater, die ein Naheverhältnis zur Volkspartei haben, wurden von EADS unter Vertrag gestellt und kassierten Millionenbeträge. Möglicherweise wurden damit Leserbriefkampagnen finanziert.

Als die im Hintergrund aktive Zentralfigur in PR- und Lobbyingbereich des Abfangjäger-Kaufes gilt der frühere EADS-Lobbyist Erhard Steininger, zugleich Aktionär des Eurofighter-Konsortiums. Von EADS über den „Zwischenvermittler“ Steininger flossen die Werbemittel. Angesprochen

auf den Verdacht der illegalen Parteienfinanzierung wiesen alle Beteiligten von schwarz bis blau-orange die Existenz verbotener Geldflüsse im Zuge der Jet-Anschaffung von sich. Und Steininger hüllt sich in beredtes Schweigen.

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts OGM für das Nachrichtenmagazin „profil“ glauben nur mehr 20 % aller Österreicher daran, dass es beim Ankauf der Eurofighter mit rechten Dingen zugegangen sei. „Man sieht, wie hier geschmiert wurde. Die Steuerzahler werden wieder einmal für dumm verkauft!“, meint Andreas Fuchs, Landesgeschäftsführer der KPÖ-Steiermark, dazu, und ergänzt: „Das Rüstungsgeschäft ist ein verbrecherisches Geschäft“ – nicht nur im Ansatz, sondern in seiner gesamten Abwicklung, wie man sieht!



BÄRNBACH Teures Wasser

Doppelt soviel zahlt mancher Bärnbacher nun für Wasser und Kanal. KPÖ pocht auf Rücknahme.

Mindestens 50 Kubikmeter Wasser muss jeder Bärnbacher Haushalt nun den Kanal runterspülen, wenn er kostendeckend handeln will. Denn der Bärnbacher Gemeinderat hat schon im März 2006 einstimmig beschlossen, dass es eine Mindestabgabemenge von Wasser – eben 50 Kubikmeter – geben muss. „Damit will man die Kleinbezieher zur Stütze des Wasser- und Kanalsystems machen“, kritisiert KPÖ-Sprecher Klaus Pibernig.

Das bedeutet, dass bei einem Verbrauch von zum Beispiel 20 Kubikmeter pro Jahr in jedem Fall 50 Kubikmeter verrechnet werden. Diese Maßnahme soll die Fixkosten des Wasser- und Kanalsystems verstärkt durch Kleinabnehmer abdecken. Die Teuerung traf viele Kleinverbraucher völlig überraschend. Bei einem Wasserverbrauch von 20 Kubikmetern entsteht eine Mehrbelastung von etwa 140 Euro!

Die Einführung trifft die vielfach sozial schwächeren Kleinverbraucher. Die KPÖ fordert, den einstimmig gefassten, ungerechten Beschluss zurückzunehmen!



Teures Wasser in Bärnbach

BELASTUNG ODER SEGEN FÜR DIE REGION

Neue Rennstrecke in Voitsberg

Gleich hinter dem Wohngebiet in Tregist (Bezirk Voitsberg) soll eine Motorsport-Anlage entstehen. Die Anrainer fürchten um ihre Lebensqualität.

Idyllisch breitet sich jene Senke zwischen Voitsberg und Tregist aus, in der bis 2004 noch nach Braunkohle gegraben wurde. Seither ist Ruhe – und geht es nach den Anrainern, dann ist Ruhe vor dem Sturm. Denn der heimische Bauriese Porr plant mit lustvoller Unterstützung der Stadtgemeinde Voitsberg eine Motorsport-Rennstrecke. Die Anrainer fürchten um ihre Ruhe, eine Bürgerinitiative setzt sich gegen des Projekt zur Wehr.

15 Millionen Euro will

Porr in Bewegung setzen, um dem Ex-Bergbau neues Leben einzuhauchen. Man will eine „Test- und Trainingsstrecke zu Forschungs- und Entwicklungszwecken für die Automobilindustrie und den Motorsport“ errichten, heißt es in der Umweltverträglichkeitsprüfung zum „Auto Test Center Voitsberg“. Gleichzeitig sollen Tribünen für 3000 Zuseher und mehr als 1400 Parkplätze errichtet werden, was für unbeteiligte Beobachter viel mehr nach Renn- als nach Teststrecke aussieht

– ebenso wie der Umstand, dass eine Boxenstraße mit 22 Boxen samt Fahrerlager entstehen soll. Und tatsächlich sind auch zehn Rennsport-Wochenenden im Sommer geplant. Den Testbetrieb soll es ganzjährig geben.

Für die Anrainer ist das eine Katastrophe. Viktoria Werner etwa hat erst 2004 ein neues Haus in Tregist gebaut. „Damals sagte man mir, dass eine Freizeitanlage geplant sei. Hätte ich gewusst, was da kommt, wäre ich niemals hergezogen“, ärgert sie sich.

Auch Christian Letzer, Sprecher der Bürgerinitiative gegen das Projekt, fühlt sich von der Gemeinde gefoppt:

„Man sprach von Wanderwegen und Schwimmteichen und jetzt kommt Lärm und Luftverschmutzung.“

Rennen bis zur Vorserie der Formel 1 sollen in Voitsberg stattfinden, fürchtet Letzer. „Wir wohnen in einem Luft-Sanierungsgebiet, und dort darf man bald mit 200 km/h Rennen fahren“, ergänzt Werner. Die Hauptzufahrt zur Rennstrecke geht fast an ihren Haustüren vorbei.

Die Betroffenen wollen das Projekt, das kaum Arbeitsplätze, aber eine enorme Belastung bringe, verhindern. Die Umweltverträglichkeitsprüfung wird schon bald abgeschlossen sein.



2004 wurde der Kohle-Tagbau in Voitsberg eingestellt. Statt einer Freizeit-Arena soll dort eine Motorsport-Rennstrecke gebaut werden.

Politikstammtisch in Voitsberg: Gefragter Termin

Die geplante Testrennstrecke, das neue Veranstaltungsgesetz, der Ausbau des Öffentlichen Verkehrs, notwendige Umfahrungsstraßen, die Schließung des Kraftwerkes Voitsberg oder die hohe Arbeitslosenrate

im Bezirk waren Themen des ersten Politikstammtisches der KPÖ mit den Landtagsabgeordneten Ernest Kaltenegger und Claudia Klimt-Weithaler. Wegen des zahlreichen Besuchs wird der Stammtisch demnächst

wieder stattfinden.

Bis dahin gibt es zusätzliche Kontaktmöglichkeiten: Die nächsten Sprechstunden mit Claudia Klimt-Weithaler und Diplomsozialarbeiterin Karin Gruber finden am Dienstag, den 27.2.2007,

und am Mittwoch, den 18.4.2007, jeweils von 10 bis 12 Uhr statt.

Das Voitsberger Büro ist jeden Montag von 10 bis 14 Uhr und jeden Mittwoch von 13 bis 17 Uhr besetzt (Tel. 031 42/22 4 21).



Gut 4.500 Studierende und Sympathisanten taten in Graz ihren Unmut zu den nicht abgeschafften Studiengebühren kund und protestierten gegen das gebrochene Wahlkampfversprechen von SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer. Ähnliche Demos gab es in fast allen Unistädten Österreichs. Foto: Edeltrud Ulbl-Taschner

ENDE DER FREIEN UNIVERSITÄTEN?

EU erhöht den Druck

Die EU pocht auf einen freien Zugang zu den heimischen Unis. Für Österreicher wird der Uni-Zugang schwerer, trotz Wahlversprechens werden die Studiengebühren nicht abgeschafft.

Im Juli 2005 erfolgte der erste Anschlag auf die österreichischen Studenten. Der Europäische Gerichtshof hob Österreichs Uni-Zugangsbeschränkung für ausländische Studenten auf, wonach in Österreich nur studieren durfte, wer auch im Heimatland eine Studienzulassung erhielt. Um den Ansturm vor allem deutscher Numerus-Clausus-Flüchtlinge einzudämmen, führte Österreich eine Quotenregelung ein: 75% der Medizinstudenten sollten Österreicher sein, 20% EU-Bürger und 5% der Studenten dürfen aus Nicht-EU-Staaten kommen. Studienplatzbeschränkungen wurden in insgesamt acht

Fächern, allen voran Medizin und Zahnmedizin, eingeführt.

So geht es nicht, meint die EU, und will Österreich erneut vor den Europäischen Gerichtshof zerren. Sebastian Wisiak (KSV), Vorsitzender der Studienvertretung Humanmedizin, zeigt sich empört über die Präpotenz der EU: „Die Ärztekammer hat ausgerechnet, dass uns in 10 Jahren 1000 Ärzte fehlen, wenn wir so weitermachen wie bisher, und das bei der gültigen Quotenregelung.“ Geht es nach der EU, dürfen österreichische Steuerzahler die Ausbildung unzähliger Deutscher bezahlen, die nach Abschluss des Studiums

unser Land wieder verlassen. Andererseits schafft es es die Regierung nicht, eine ordentliche Finanzierung für die Unis auf die Beine zu stellen.



Empörung über Gusenbauer: Demonstration gegen Studiengebühren in Graz.

KOMMENTAR



Gesundheit in Gefahr?

Auf das österreichische Gesundheitssystem kommen schwierige Zeiten zu. Selbst ohne den Druck durch die EU werden beim derzeitigen Ausbildungsstand in zehn Jahren 1000 Ärztinnen und Ärzte fehlen, wie die Ärztekammer errechnet hat. Gegenmaßnahmen müssen schon jetzt gesetzt werden.

In der Steiermark gibt es viele Krankenhäuser mit gutem Ruf – mit ProfessorInnen mit offizieller Lehrbefugnis besitzen. Dieses Potential liegt brach, obwohl das Einbinden anderer Kliniken in die Lehre leicht möglich wäre. Um dem Problem des Ärztemangels entgegenzuwirken, führt für die Medizinische Universität Graz daran kein Weg vorbei.

Dazu kommt, dass nur wenige AbsolventInnen der Med-Uni an dieser einen Arbeitsplatz finden. Von jenen, die keine Praxis eröffnen, arbeiten die meisten an verschiedenen Krankenhäusern. Umso wichtiger wäre es, bereits im Studium den Ablauf dort kennenzulernen. Nicht zuletzt deshalb, weil dort auch Behandlungsmethoden im Einsatz sind, die an der Uniklinik nicht angeboten werden.

Dass der Großteil der Ausbildung weiterhin zentral passieren muss, versteht sich aufgrund des umfassenden Angebots von selbst. Vor allem ist zu beachten, dass die Patientenversorgung nicht gefährdet wird. Deshalb sollten begleitend mehr ÄrztInnen aufgenommen werden.

Sebastian Wisiak,

Vorsitzender der Studienvertretung Humanmedizin, email: bastiw@gmx.at

PREISE STEIGEN SCHNELLER ALS GEHÄLTER

Löhne sinken, Abgabenlast steigt

Rechnungshof belegt: Arme werden ärmer, Reiche reicher, Frauen verdienen weniger als Männer. Reale Einkommen sinken, Lohnsteuer trotz Reform höher als im Jahr 2000.

weniger, besser Verdienende mehr. Eine Million Arbeiter oder Angestellte der untersten Einkommensgruppe mussten sich 2005 mit Verlusten beim Einkommen abfinden. Im Durchschnitt verdiente der Österreicher 2005 rund 21.600 Euro brutto, die Durchschnittspension lag bei 14.598 Euro (ohne Beamten).

Frauen bekommen im Schnitt nur zwei Drittel des Männereinkommens, oft bei vergleichbarer Arbeit. Alle gleich trifft die Steuerbelastung und die Sozialversicherung. Trotz großmündiger Reformen ist die Lohnsteuer höher als im Jahr 2000. Zusammen mit der Sozialversicherung beträgt die Abgabenquote durchschnittlich 31,5 % (1976 waren es 18,9 %). Für Alois Guger vom Institut für Wirtschaftsforschung sei eine Umschichtung der Steuerlast in Richtung Vermögen eine Lösung, so die Kleine Zeitung.

Darüber nur schmunzeln können übrigens männliche Fachärzte. Die verdienen nämlich 180.000 Euro brutto pro Jahr. Dafür muss Otto Normalverbraucher mehr als acht Jahre arbeiten.

Die Einkommen in Österreich sinken, hat der Bundesrechnungshof herausgefunden. Wenn Sie nun meinen, das stimmt nicht, weil Sie auf ihrem Lohnzettel Jahr für Jahr höhere Summen vorfinden: diese Steigerung hat die Inflation längst geschluckt. Weil alles teurer wird – vor allem die Energiepreise – bleibt unterm Strich immer weniger übrig.

Der Bericht des Rechnungshofs zeigt viele Ungerechtigkeiten: Schlechter Verdienende verdienen noch



KOMMENTAR

Schlimme (Arbeits)Zeiten

KPÖ-Frauensprecherin Ulrike Taberhofer



Schlimme Zeiten kommen auf die Handelsangestellten zu. Die werden nun mit fast unmenschlichen Arbeitsbedingungen konfrontiert. Geplant sind ja Öffnungszeiten wochentags von 6 bis 21 Uhr und samstags von 6 bis 18 Uhr. Statt wie bisher 66 sollen künftig 72 Wochenstunden normal sein.

Das bedeutet massenweise Überstunden. Und da kommt der nächste Hammer: Werden diese innerhalb von sechs Monaten ausgeglichen, dann bekommen die Mitarbeiter keinen Cent für ihre Mehrarbeit. Ist es jetzt im Handel vielfach üblich, eine halbe Stunde vor und nach

dem offiziellen Dienstbeginn quasi umsonst zu arbeiten, artet das Einsparen beim Personal nun aus. Von geringfügigen oder nur Teilzeit-Beschäftigten gar nicht zu reden, von denen immer mehr Flexibilität verlangt wird.

Von den 320.000 Handelsangestellten in Österreich sind 250.000, also gut 80%, Frauen. Am 8. März ist Internationaler Frauentag, der auf das Ungleichgewicht und die Ungerechtigkeit zwischen Männern und Frauen aufmerksam machen will. Angesichts dieser Entwicklung ist dieser Tag notwendiger als je zuvor.

Reichensteuer: Muss im Parlament behandelt werden



KPÖ hält Wort - Petition für Vermögenssteuer wurde an Nationalratspräsidentin Prammer übergeben.

Die KPÖ fordert mit dieser Petition an den Nationalrat: „Vermögen von mehr als eine Million Euro sollen mit einer Vermögenssteuer von fünf Prozent, zweckgebunden für Existenzsicherung und Armutsbekämpfung, besteuert werden.“ Für den steirischen KPÖ-Vorsitzenden ist der Abschluss dieser Aktion auch ein Beweis dafür, dass man sich auf die Zusagen der KommunistInnen verlassen kann – ganz im Unterschied zur SPÖ, die im Wahlkampf das Gegenteil von dem versprochen hat, was sie jetzt in der Regierung tut.

Mietrechtsexperte
Alfred Strutzenberger

Was Betriebskosten sind ist im Gesetz genau aufgezählt. Auch Kehrkosten gehören dazu.

MIETERINFORMATION: ZUR ABRECHNUNG Schummeln bei Betriebskosten

Zu Jahresbeginn sollte Mieterinnen und Mietern die Betriebskostenabrechnung ins Haus flattern, sie gibt immer wieder Anlass zu Fragen.

Immer wieder kommt es vor, dass Hausverwalter etwas in die Betriebskostenabrechnung schmuggeln, das nicht hineingehört. „Einmal fanden sich darin sogar Prozesskosten gegen einen Mieter“, erinnert sich KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger. Wir bringen Licht ins Dunkel, welche Kosten die Betriebskostenabrechnung enthalten darf.

Was aufscheinen darf, steht im „Betriebskostenkatalog“ des Mietrechtsgesetzes, so Mietrechtsexperte Alfred Strutzenberger vom Büro der Grazer Wohnungsstadt-

rätin Elke Kahr. Es sind die Kosten für das Wasser, für den Rauchfangkehrer, für Kanal und Abwasserentsorgung, für die Müllabfuhr, die Schädlingsbekämpfung, die Stiegenhausbeleuchtung, für Hausversicherungen (auch Sturmschaden- und Glasbruchversicherungen), für Verwaltung, Hausbesorger (wenn es einen gibt) und Hausreinigung, für öffentliche Abgaben (z.B. Grundsteuer), Kosten für Gemeinschaftsanlagen (Lift, Satellitenschüssel) und für die Heizung.

Dann gibt es Dinge, die in der Abrechnung nichts verloren haben. Wie etwa Reparaturkosten, die mit der Mietzinsreserve zu bezahlen sind. Auch kostspielige Neuanschaffungen (z.B. ein Rasentraktor, neue Brandschutztüren, Schlösser) gehören nicht in die Betriebskos-

ten-Abrechnung. Und „Sonstige Kosten“ sind immer zu hinterfragen.

Die Angaben in der Abrechnung kann jeder prüfen. Denn für alle Aufwendungen muss der Vermieter/Verwalter eine Rechnung vorweisen können. Man hat das Recht, Einsicht zu nehmen und gegen Kostenersatz Abschriften anzufertigen.

Es gibt aber auch Ausnahmen. Der Betriebskostenkatalog gilt nicht in Ein- und Zweifamilienhäusern, Beherbergungsbetrieben, Dienstwohnungen sowie Wohnungen in Neubauten. Hier sind die Vereinbarungen im Mietvertrag Ausschlaggebend. In Zweifelsfällen empfiehlt sich eine professionelle Beratung. Etwa beim Mieterschutzverband, Tel. 0316 / 38 48 30. oder beim Mieternotruf der Grazer KPÖ 0316 / 71 71 08.

SERVICE

Richtsätze für das Jahr 2007

PENSIONEN

Mindestpensionen (Pensionen mit Ausgleichszulagen) wurden erhöht auf:

Mindestpension	brutto
Alleinstehende:	€ 726,--
Paare (Familien):	€ 1.091,14
Erhöhung der Ausgleichszulage pro Kind	€ 76,09

PFLEGEGELD

Das Pflegegeld wurde 2007 nicht erhöht. Es wird in 7 Stufen gewährt und beträgt monatlich für

Stufe 1	€ 148,30
Stufe 2	€ 273,40
Stufe 3	€ 421,80
Stufe 4	€ 632,70
Stufe 5	€ 859,30
Stufe 6	€ 1.171,70
Stufe 7	€ 1.562,10

SOZIALHILFERICHTSÄTZE

Für den Lebensbedarf steht zu:

Alleinstehende	€ 507,-
Hauptunterstützte oder Unterstützte in Haushaltsgemeinschaft	€ 463,--

Mitunterstützte, die mit einem Hauptunterstützten in Haushaltsgemeinschaft leben € 309,--

für die Familienbeihilfe bezogen wird €156,--

Dazu kommt der vertretbare Aufwand des Hilfeempfängers für Unterkunft sowie im Februar und August 2007 für Energiekosten ein Betrag von € 44,--.

Im Juni und im November stehen Sonderzahlungen in der Höhe der Richtsätze zu.

REZEPTGEBÜHRENBEFREIUNG

Befreit sind Personen mit Einkommen bis:

für Alleinstehende	€ 726,--
für Ehepaare	€ 1.055,99
Erhöhung der Grenze pro Sorgspflicht	€ 76,09

RUNDFUNK- UND TELEFONGEBÜHRENBEFREIUNG

Befreit sind Personen mit Einkommen bis zur Grenze von netto:

für Alleinstehende	€ 813,12
für Ehepaare	€ 1.222,08

Wenn Sie weitere Fragen haben, wenden Sie sich bitte an eine der Servicenummern der KPÖ (0316) 71 71 08 oder an den Zentralverband der Pensionisten (0316) 71 24 80 tägl. von 10 bis 13 Uhr. Wir helfen Ihnen gerne weiter.

MEINUNG

Eine Enttäuschung
Der ÖGB ist alles
– nur nicht neu



Der ÖGB ist nach dem großen Reform-Kongress nur auf dem Papier neu. Es würde in den Händen der neuen Führung liegen, im täglichen Leben Erneuerung zu zeigen. Einige Aussagen auf dem Kongress selbst stimmen einen aber sehr skeptisch.

Ich habe als Delegierter am ÖGB-Bundeskongress teilgenommen und habe mir ein eigenes Bild machen können. Das Streichen von Spitzenfunktions-Posten ist kein Programm. Vielmehr hätten die Vorhaben der Regierung Gusenbauer-Molterer vom ÖGB mit einem Aufschrei beantwortet werden sollen, ja müssen.

Die Pensionsreform mit ihren Verschlechterungen wird nicht in Frage gestellt. Dabei hatte der ÖGB dagegen gestreikt! Auch die Durchlöcherung der Arbeitszeitregelungen und Schutzbestimmungen für Lehrlinge wird von der Führung des Gewerkschaftsbundes hingenommen, obwohl

es auf der Tagung selbst einige kritische Auftritte von Delegierten gegeben hat.

Eine Abkehr von der Sozialpartnerschaft ist in weite Ferne gerückt. Die Zusammenarbeit mit Regierung und Unternehmern steht im Vordergrund. Dabei wäre im Zeitalter des weltweiten Sozialabbaus und der so genannten Globalisierung eine konsequente Gewerkschaftsbewegung notwendiger denn je.

Eine Umorientierung der Österreichischen Gewerkschaftsbewegung hin zu einer konsequenten Vertretung der arbeitenden Menschen kann mit dieser Führung, mit diesen Gehaltsobergrenzen für Spitzenfunktionäre und mit dieser Fixierung auf Sozialpartnerschaft und EU nicht stattfinden.

Dieser ÖGB ist alles – nur nicht neu.

*Peter Scherz ist Arbeiterkammer-
merrat des Gewerkschaftlichen
Linksblocks (GLB)*



Volkshaus-Redoute. Während sich im Grazer Opernhaus die Reichen ein Stelldichein gaben – die Eintrittskarte kostete 185 Euro, Tischplätze gab es ab zusätzlichen 79 Euro – war im Grazer Volkshaus am 27. Jänner die „Volkshaus Redoute“ angesagt, „kein Ball für die oberen Zehntausend“. Hunderte kamen und sorgten für eine blendende Stimmung. Der Reinerlös des Volkshaus-Balls – bestehend aus vielen freiwilligen Spenden – ging ans Haus Rosalie, die Notunterkunft für Frauen und Kinder der Grazer Vinzenzgemeinschaft. Dort freute sich nicht nur „Vinzi-Pfarrer“ Wolfgang Pucher sehr, als die GrazerKPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr 2.000 Euro übergab.



MILITÄRMASCHINERIE BEDROHT ERDE

Abrüstung eine Frage des Umweltschutzes

Zur Zeit wird uns drastisch vor Augen geführt, wie weit wir unseren Planeten Erde schon zerstört haben.

Stürme, Trockenheit auf der einen und extreme Niederschläge auf der anderen Seite – Klimawandel und Umwelt-

katastrophen sprechen eine deutliche Sprache. Jeder von uns ist mit verantwortlich, jeder von uns ist gefordert, etwas zu tun.

Aber glaubhaft sind all die Experten und ihre Appelle nur, wenn man besonders gegen ein Thema mobil macht: Die gigantische Anhäufung von Massenvernichtungswaffen, die ständige militärische Aufrüstung, die vielen Militärstützpunkte, die vielen Kriege, die es gibt.

Jede Aufrüstung wird mit dem Kampf um Demokratie und Freiheit, mit Arbeitsplät-

zen und Gegengeschäften begründet. In Wirklichkeit geht es um Macht, um Rohstoffe, um Einflussgebiete und Profite für die Rüstungsindustrie und andere Industriezweige; man denke nur an das Öl in Kuwait, das den ersten Golfkrieg auslöste.

Unser Planet Erde wird von dieser gigantischen Rüstung und ihren Mitläufern geschädigt und möglicherweise einmal zerstört. Hier muss Einhalt geboten werden, damit unsere Erde und wir Menschen eine Zukunft haben. RENATE PACHER



Klimawandel und Umweltkatastrophen als Folge von militärischer Aufrüstung, Kriegseinsätzen, Kämpfen um Machterhalt oder Machtausübung

Politische Frotzelei zwischen Semmering und Koralm

Seit 1857 fährt die Südbahn über den Semmering. An der Strecke hat sich kaum etwas geändert – und so soll es für manchen Politiker bleiben. Die Steiermark bleibt am Schienenstrang auf der Strecke.

Über Jahre stand der Bau des Semmering-Basistunnels fest. Einer intensiven Planungsphase folgten erste Realisierungsschritte – bis im Jahr 2004 nichts mehr ging. Der Grund: Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll hatte alles unternommen, um den Bau des Semmering-Basistunnels – aus Gründen der mangelnden Umweltverträglichkeit, wie es hieß – zu stoppen.

Mit Erfolg, und das zu einem Zeitpunkt, zu dem die HL-AG, die das Projekt abwickeln sollte, bereits 93 Millionen Euro verplant und verbaut und von steirischer Seite schon 16 Stollen-Kilometer in den Berg getrieben worden waren.

Winkelzug

Um diesen lokalpatriotischen Winkelzug Prölls plausibel zu machen, kamen neue Argumente ins Spiel. So wurde zum Beispiel behauptet, das Gelände eigne sich nicht für den Tunnelbau – justament als man auf niederösterreichisches Landesgebiet stieß. Während kolportiert wurde, es käme zu einer „Neuplanung“ der Strecke, hatte man einfach beschlossen, das Projekt Semmering-Basistunnel vorerst einschlafen zu lassen. Vorerst? Das aktuelle ÖBB-Budget sieht bis heute für den Semmering-Basistunnel keine Mittel vor!

Und wie man einen Hund von seinem Knochen ablenkt, indem man ein Stöckchen wirft, lenkte man auch

die Steirer ab und kam mit einem neuen Versprechen: Geld, das für die Südbahnstrecke unter dem Semmering bestimmt war, wurde für die Koralmbahn, von bösen Zungen auch „Haider-Bahn“ genannt, umgewidmet. Ein umstrittenes Projekt, das europäische Verkehrsströme durch Österreich lenken sollte und das die derzeitige Strecke über den Neumarkter Sattel überflüssig machen würde.

Koralmtunnel: Fast so teuer wie die Eurofighter

Im Vertrag vom 15. Dezember 2004 wurde der Baubeginn des Koralmtun-

nels mit 2008 festgelegt, die Gesamtkosten der Koralmbahn auf 4,2 Mrd. Euro (57.000 Millionen Schilling) geschätzt. Die ÖBB und der Bund verpflichteten sich, bis 2016 die Verkehrswirksamkeit herzustellen. Doch jetzt lassen die ÖBB plötzlich verlauten, auf der Koralmstrecke ließen sich „nicht einmal die Betriebskosten verdienen.“

„Natürlich nicht“, so Franz Rosenblattl, KPÖ-Gemeinderat bei der Liste „ProMz“, Müzzuschlag, „Der Semmeringtunnel hat Priorität. Schwere Züge können den Semmering nicht passieren. Wenn nicht beide Bergpässe (Semmering und Neumarkter Sattel) beseitigt werden, ergeben sich kaum Vorteile für den Güterverkehr.“ Und: „Auch die Erhaltung der alten Bahn über den Semmering verschlingt jährlich Unsummen.“

Doch inzwischen heißt

es: „Wien, Wien, nur Du allein...“ Der Standard berichtet unlängst: „Gelingt es Faymann nicht, den Koralmbahn-Ausbau nennenswert nach hinten zu verschieben, müssen viele kleinere Projekte verschoben werden, darunter der viergleisige Westbahnausbau – und möglicherweise sogar der Hauptbahnhof Wien (890 Millionen Euro).“

Sinn und Unsinn

Von Haider über Kristina Edlinger-Ploder bis zu Franz Voves schreien nun alle auf, um den Koralmtunnel durchzudrücken – nach dem Motto „Koste es was es wolle – zahlt ja der Bund“. Die Fragen nach der Sinnhaftigkeit des Koralmtunnels wird nicht gestellt oder ob es nicht sinnvollere Möglichkeiten der Infratraktverbesserung gäbe. Indes rückt der Semmeringtunnel in noch weitere Ferne.



Nach nur sechsjähriger Bauzeit wurde die Semmeringstrecke 1857 eröffnet. Es war eine Pionierleistung. Am Semmeringtunnel plant man nun schon 30 Jahre.

NEUE BUNDESREGIERUNG

SPÖVP: Wohlstand ungerecht verteilt

„Wohlstand muss gerecht verteilt werden“, war ein SPÖ-Leitspruch im Wahlkampf. Davon ist nichts mehr übrig.

Die neue Regierung braucht starken Druck von unten. Sonst kommen die Interessen der arbeiten-

den Menschen endgültig zu kurz.

Nach Schüssel, Haider, Grasser und Bartenstein, haben wir eine Regierung mit einem SPÖ-Kanzler namens Gusenbauer und mit ÖVP-Ministern an allen Schlüsselstellen. Die SPÖ hat die Hoffnungen vieler Menschen

auf eine andere Politik mit einer stärkeren sozialen Verantwortung enttäuscht.

SPÖ und ÖVP haben sich auf ein Programm geeinigt, das von der EU, der Industriellenvereinigung und den Sozialpartnern vorgezeichnet wurde. Alfred Gusenbauer macht dort weiter, wo

Viktor Klima als Bundeskanzler aufgehört hat: Als Vollstrecker einer Politik im Interesse des Großkapitals.

Das hat er vor der Wahl nicht gesagt. Genau das ist aber in der Politik der SPÖ angelegt. Der BAWAG-Skandal des ÖGB war kein Zufall, sondern die Folge des engen Zusammenwirkens von Großkonzernen, Banken und Spitzenfunktionären der SPÖ.



Nichts Gutes für die Österreicher hat die Spitze der Regierung im Sinn

fotos: SPÖ/Rigaud, ÖVP/Jungwirth

FERIENSPAß 2007 mit Kinderland Steiermark

Bestellen sie unseren Ferienkatalog

FERIENBÜRO GRAZ
0316/829070
www.kinderland-steiermark.at
office@kinderland-steiermark.at

Feriedorf am Turnersee Südkarnten

Kinderland-Villa in St. Radegund

NEUE ARBEITSZEITREGELN

Regierung: Zurück zur Sklaverei?

60 Stunden Arbeit in der Woche, 12 Stunden pro Tag – und das regelmäßig. Arbeit statt Leben lautet die Devise der Wirtschaft und der Bundesregierung. Eine Bestandsaufnahme zum Schauern.

Keine Frage – Arbeit ist wichtig und notwendig. Aber irgendwo hört sich der Spaß auf und fängt die Ausbeutung an. „Länger hackeln, weniger verdienen, und noch mehr Arbeitslose – ist das die Devise der sozialdemokratischen Regierungspackelei?“, fragt sich

Jakob Matscheko von der Kommunistischen Jugend. Die neue Bundesregierung plant ja, einige der größten Errungenschaften der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung abzuschaffen und sich arbeitsrechtlich ins 19. Jahrhundert zu katapultieren.

Nach dem Regierungspro-

gramm sollen die Kollektivverträge „generell ermächtigt“ werden, die Arbeitszeit auf 10 Stunden pro Tag hinaufzusetzen, bei Schichtarbeit sogar auf 12 Stunden. Außerdem wird die Einführung der 60 Stunden-Woche angekündigt! Zwar ist die Rede von einem Mindestgehalt, doch bezieht sich dieses nicht auf den Stunden-, sondern auf den Monatslohn. Da der Kollektivvertrag ohnehin 10 oder gar 12 Stunden Arbeit vorsieht, fallen weniger Überstunden an. Unterm

Strich bleibt weniger Geld.

Durch die Einführung der 12-Stunden-Schicht könnten viele Großbetriebe bis zu ein Drittel aller Dienstnehmer abbauen! Wer noch Arbeit hat, soll jetzt noch länger arbeiten und weniger dafür bezahlt bekommen.

Auch wenn vom ÖGB beruhigende Töne angeschlagen werden, so ist klar, dass sein Nachgeben und die Kapitulation gegenüber den Banken und Konzernen schon bisher nichts Gutes für die Arbeiter gebracht hat!



www.bigshot.at

SOZIALHILFE – EIN KREDIT?

Wie sozial ist die Steiermark?

Die Rückzahlungspflicht für Sozialhilfe soll abgeschafft werden.

VON CLAUDIA KLIMT-WEITHALER

EmpfängerInnen von Sozialhilfe müssten sich in der Steiermark bisher damit abfinden, dass diese Unterstützung rückerstattungspflichtig ist. Das heißt, sobald jemand wieder ein Einkommen hat, muss er/sie die Sozialhilfe zurückzahlen. Hat man selbst kein Geld, wird der Rückerersatz von den nächsten Verwandten eingefordert. Ein Umstand, der viele Menschen dazu bewegt, erst gar nicht um Sozialhilfe anzusuchen – wer will schon, dass die Eltern oder Kinder etwas zahlen müssen, weil man selbst in Not geraten ist?

Die KPÖ fordert, dass diese Rückerstattungspflicht abgeschafft wird. In anderen Bundesländern, wie etwa Wien, gibt es diese Rückerstattungspflicht nicht. Soziallandesrat Dr. Flecker fürchtet, dass dem Land durch die Streichung der Rückerstattungspflicht 96 Mio.

Euro „durch die Lappen“ gehen würden.

Als ersten Schritt schlägt die steirische KPÖ vor den Rückerersatz (Regreß) dort zu streichen, wo es am dringlichsten ist, nämlich in der offenen Sozialhilfe (jede Art von Sozialhilfe, ausgenommen Pflegeheime). In diesem Fall hätte das Land Steiermark lediglich rund 2,6 Mio. Euro zu entbehren – eine Summe, die unserer Landesregierung in anderen Bereichen nicht einmal eine Diskussion im Landtag wert ist, wie man an den Beispielen „Herberstein“ und „Blumau“ gut erkennen kann.

Derzeit warten wir (mindestens drei Monate, trotz aktueller Zahlen) auf eine weitere Stellungnahme der Landesregierung, die auch von der SPÖ eingefordert und mit den Stimmen der ÖVP abgesegnet wurde!

Erfolge der KPÖ

Bereits erfolgreich waren zwei andere KPÖ-Anträge: eine Abänderung des Sozialhilfegesetzes stellt nun endlich klar, dass alle Betroffenen 14 mal pro Jahr Anspruch auf eine Auszahlung haben. Außerdem konnten wir erreichen, dass die Berufungsfrist von 2 auf 4 Wochen verlängert wird. So kann die ohnehin schwierige Situation von SozialhilfeempfängerInnen zumindest ein wenig verbessert werden.

Karin Gruber,
Sozialexpertin
der KPÖ Steiermark,
Tel. 0316 /
877 5101



KPÖ-Abgeordnete
Claudia Klimt-Weithaler
hofft, dass Rückzahlungspflicht fällt.



13 EURO MEHR Nichts zum Lachen für Pensionisten

Ältere Menschen kommen immer schwerer mit ihrem Geld aus.

Kein Wunder, dass die Telefon-Hotline der Pensionsversicherung gestürmt wird: Zwischen den großen Ankündigungen und der Wirklichkeit bei der Pensionserhöhung klafft ein riesiges Loch. Uns liegen die Pensionszettel einer Grazerin mit einer Witwenpension knapp über der Ausgleichszulage vor. Ihre Nettopension steigt von 771 auf 784 Euro monatlich, also um nur 13 Euro. Zudem stimmt es nicht, dass die Pension jetzt mindestens 726 Euro monatlich beträgt. Wir wissen von einer Witwenpension von 689 Euro monatlich. Da die 88-jährige Frau Pflegegeld (Stufe 1) bezieht, erhält sie keine Ausgleichszulage!

Die Teuerung bei Nahrungsmitteln, Wohnungskosten oder Arzneimitteln sind weit höher als diese bescheidene Steigerung. Auch die Einmalzahlung von brutto 60 Euro vom Februar kann diese Tatsache nicht vergessen machen.

Die Pensionsanpassung 2007 war im November des Vorjahres als erste bestandene Belastungsprobe für die große Koalition gefeiert worden. Jetzt sieht man, dass sie zu einem weiteren Sinken des Lebensstandards für viele Ältere beiträgt. Für viele ist es sehr schwer, mit dem Geld auszukommen.

Deshalb fordert die KPÖ, dass die jährliche Anpassung künftig nach dem realistischen Pensionistenpreisindex berechnet wird.

Wer eine Ausgleichszulage bekommt, fällt auch um die Einmalzahlung von 60 Euro um.

KPÖ
Helfen statt reden

VOITSBERG
Sprechstunde
mit KPÖ-Labg.
Claudia Klimt-Weithaler
und DSA Karin Gruber
Di. 27.2. 2007



10.00 bis 12.00 Uhr,
bei der KPÖ Voitsberg,
C.-v.-Hötendorfsstraße 29,
Tel. 03142 / 22421

KNITTELFELD
Sprechstunde



mit KPÖ-Labg. Renate Pacher
Do. 1. März 2007
10.00 bis 12.00 Uhr,
KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10
Anmeldung: 03512 / 822 40

MÜRZZUSCHLAG



Sprechstunde
mit KPÖ-Labg.
Dr. Werner Murgg

Freitag, den 2. März 2007
13.00 bis 15.00 Uhr,
KPÖ Mürzzuschlag,
Wienerstraße 148,
Mürzzuschlag

Voranmeldung erforderlich!
Tel. 0650/ 27 10 550
oder 038 52 / 24 53

Impressum:
Steirische Volksstimme,
Lagergasse 98a, 8020 Graz.
Tel. 71 24 79,
Fax 71 62 91
email: volksstimme@
kpoe-steiermark.at
DVR: 0600008



JUMP UP

Schallplattenversand
der linke Mailorder für die Musik die
man nicht überall bekommt

Pete Seeger, Woody & Arlo Guthrie, Lead Belly, Alistair Hulett, Wenzel, Neuss, Degenhardt, Cochise, Ton Steine Scherben, Süverkrüp, Gisela May, Brecht/Eisler, Ernst Busch, Rotes Haus, Quetschenpaua, Chumbawamba, Fermin Muguruzza, Joe Glazer, Karamelosanto, Pante n Rococ, ... sowie die Labels: Trikont, Piranha, Smithsonian Folkways, Metak, Gridalo Forte, Pläne, Conträr, AK PRESS ... und jetzt auch Bücher vom Atlantikverlag, Unrast, Papyrossa u.v.a.



Hören was andere nicht hören wollen!
www.jump-up.de
info@jumpup.de

Schallplattenversand Matthias Henk, Postfach 11 04 47,
28207 Bremen, Germany, Tel/Fax: 0049 421/4988535

SPRECHTAGE

des Zentralverbandes
der Pensionisten

Montag bis Freitag
von 10.00 bis 12.00 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz

Tel. 0316/71 24 80

um Voranmeldung wird gebeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- bei anderen Problemen

Heizkosten: Der Preistreiber bei Pellets einen Riegel vorschieben!

Die Preise für die umweltfreundlichen Holzpellets sind im Vorjahr um 40 Prozent gestiegen. Der Preistreiber in diesem Bereich soll nun ein Riegel vorgeschoben werden. Kaltenegger: „Der Einstieg des Landes in die Pellet-Produktion könnte Preisabsprachen verhindern und eine wirkungsvolle Kontrolle des Pelletspreises gewährleisten.“ So könnten auch Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen geschaffen werden.

Festveranstaltung

INTERNATIONALER FRAUENTAG 2007



Mittwoch, 07.03.2007 -

Festveranstaltung zum internationalen Frauentag mit

Quempas acting a cappella

5 Frauen unterhalten a capella
Beginn: 20 Uhr - Eintritt frei!
Für Frauen und Männer!

KPÖ-Bezirksheim Voitsberg,
Conrad v. Hötendorfsstraße 29.
(Zwischen Eurospar und LKH)
Tel. und Fax.: 03142/22 4 21

FRAUEN
KPÖ

KPÖ
STEIERMARK

Festveranstaltung

INTERNATIONALER FRAUENTAG 2007

Knittelfeld
Samstag, 10. 03. 2007

Festveranstaltung zum internationalen Frauentag mit den

KERNÖL AMAZONEN

Neues Volkshaus Knittelfeld
Tel. und Fax.: 035 12 / 8 22 40

KPÖ
STEIERMARK

TOSCANA

Ferien am Monte Amiata

Dei Venti/Seggiano

ein unvergleichbarer Ort

der Besinnung

der Gesinnung

in der Natur

mit der Natur



Vermietungen: www.amiata.de

Tel./Fax 0039-0564-950852

mobil 0039-338-1539818

Red:Out! Steiermark: Treffpunkt jeden

1. Montag im
Monat im Cafe
harry's, Reit-
schulgasse 20,
8010 Graz; Info
Tel: 0699/100
435 28



WER SIND WIR?

Die Steirische Volksstimme

ist das Sprachrohr des Landtagsklubs der steirischen KPÖ. Hier erfahren Sie mehr über Arbeit und Anliegen der KPÖ und über die Hilfe, welche die Mandatäre leisten. Gleichzeitig ist es uns ein Anliegen, fair und objektiv über jene Themen zu informieren, die die Steirer bewegen. Die Steirische Volksstimme geht als Regionalmedium kostenlos an zehntausende steirische Haushalte. Sie erscheint fünf Mal pro Jahr. Sollten Sie per Post keine Zeitung bekommen, aber eine haben wollen, dann lassen Sie uns Ihre Adresse zukommen, damit wir Ihnen die Volksstimme zusenden können.

Ganz besonders interessieren uns Ihre Meinungen, Anliegen und Wünsche. Schreiben Sie uns!

KPÖ-Ernest Kaltenegger, Landhaus/Herregasse 16, 8010 Graz, Fax. 0316/877-5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Steirische Volksstimme: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316/ 71 62 91 e-post: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Versprechen der Vollbeschäftigung!

400.000 Menschen ohne Arbeit in Österreich. Jedes Jahr werden es mehr. Bald werden wir in den nächsten Jahren Zustände wie in der Zwischenkriegszeit haben, wo die Arbeitslosigkeit überhand genommen hatte. Bis im Jahr 2015 wird es eine Million Arbeitslose in Österreich geben. Auch die prekär Beschäftigten machen schon einen sehr großen Teil der Erwerbstätigen aus und können nicht mehr vom Einkommen ihrer Arbeit leben.

Und was machen unsere Regierungen seit vielen Jahren? Über 60.000 Menschen werden in Zwangskurse gesteckt um die Arbeitslosenstatistik zu manipulieren. Aber durch diese Kosmetik werden nur die Zahlen für die EU verbessert. Aber uns Betroffenen hilft es nicht weiter.

WEG MIT DEN ZWANGSKURSEN

Unser Wirtschaftsminister Bartenstein verspricht schon wieder die Vollbeschäftigung in den nächsten Jahren. Das hat er schon früher auch gemacht. Aber die Wirklichkeit ist eine ganz andere. Es gibt von Jahr zu Jahr mehr Menschen ohne Arbeit. Die Wirtschaft schafft viel weniger Arbeitsplätze, als durch Absiedelung, Auslagerung und Schließungen verloren gehen. Daher ist die Regierung in der

Pflicht, für solche zu sorgen.

Die Alternative wäre, selbst Firmen zu schaffen! Später könnten diese Firmen österreichisch privatisiert werden. Viele Produkte werden nur mehr in Billiglohnländer (meist in China, Übersee und Asien) für uns erzeugt. Aber sie sind in Wirklichkeit nicht viel billiger. Nur die Wirtschaft hat eine höhere Handelsspanne. Wir müssen umdenken und unsere Produkte wieder selbst erzeugen. Und durch Importbeschränkungen weniger importieren.

Ich weiß, da wird die EU etwas dagegen haben. Aber so kann es auch nicht weitergehen! Es nützt nichts, wenn wir viele Produkte kaufen müssen, ohne eine eigene Arbeitsleistung dabei erbracht zu haben. So wird auch der Wirtschaftsaufschwung ins Leere gehen und die Arbeitslosigkeit nicht kleiner werden.

Gegenüber der EU müssten wir viel selbstsicherer auftreten. Die Politik macht leider nichts in diese Richtung. Daher machen wir etwas! In der ersten Maiwoche 2007 habe ich einen gewaltfreien Protest vor dem Parlament geplant. Lassen wir uns nicht alles gefallen!

Aufruf an alle Erwerbslosen, prekär Beschäftigten und alle Armen Österreichs. Meldet euch bei mir unter: karl.halmann@chello.at

Ruinöses Glücksspiel

In der letzten Ausgabe befragten wir unsere Leserinnen und Leser zum Problem „Glücksspiel“. Danke für die zahlreichen Einsendungen! Hier einige Beiträge:

Die Existenz von 10.000en Familien steht auf dem Spiel! Wozu gibt es ein Glücksspielgesetz und ein Veranstaltungsgesetz?

Robert P., Kapfenberg

Der Gesetzgeber muss etwas gegen dieses Verderben tun.

Erhard D., Hart

Glücksspiele gehören so hoch versteuert, dass jedem der Spaß vergeht. Viele enden im Schuldenberg, sind dann mittellos. Furchtbar!

Harald u. Sabine S., Gratkorn

Diese Abgabe ist eine gute Idee,

denn die Betreiber verdienen Unsummen und die Kriminalität steigt. Und der Schaden bei den Spielsüchtigen ist groß – das sind labile Menschen, ob reich oder arm.

Erika H., Feldbach

Diese Wettcafes müssen nicht sein!

Hermine W., Weiz

Stopp der Spielsuchtförderung.

Dora S., Kirchbach

Gegen die Glücksspielsucht wären Warnhinweise hilfreich, ähnlich wie bei Zigaretten.

*Leopold K., Sinabelkirchen
Glücksspiele sind der Ruin für viele Existenzen! Eines der größten Verbrechen unserer Zeit. Es soll jeder für Arbeit soviel verdienen, dass er genug zum Leben hat!*

K., Kapfenberg

Gerhard Balluch liest in Kirchbach

**am 2. März, 19 Uhr,
im Seminarzentrum Kirchbach „KB5“**

„Ich bin nicht nur Pazifist, ich bin militanter Pazifist. Ich will für den Frieden kämpfen... Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen“, schrieb Albert Einstein. „Interessenskonflikte

Wissenschaftler seiner Zeit, sondern auch der berühmteste. Und Sigmund Freud hat das Denken der westlichen Welt verändert. Ihr Briefwechsel zur Frage „Warum Krieg?“ gehört zu den grundlegenden Dokumenten des Pazifismus.

unter den Menschen werden prinzipiell durch die Anwendung von Gewalt entschieden. So ist es im Tierreich, von dem der Mensch sich nicht ausschließen sollte“, antwortete Sigmund Freud.

Albert Einstein war nicht nur der größte

„Warum Krieg?“

**Lesung von Gerhard Balluch
aus dem Briefwechsel
Sigmund Freud/Albert Einstein zum Thema
„Warum Krieg?“
Moderation: GERHARD DIENES**

**Freitag 2. 3. 2007
Zeit: 19 Uhr
Veranstaltungsort: KB5
(Seminarzentrum Kirchbach)
Ort: 8082 Kirchbach / Bezirk Feldbach**



FERIENPASS 2007 mit Kinderland

Osterwoche in St. Radegund
Für Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren.

Osterferien, Frühjahrsferien, der Frühling ist da und es ist endlich wieder
Zeit für den Sommer. Mit dem Feriencatalog für Kinder von Kinderland.
Die Osterwoche in der Kinderland „Richard Bach“ ist genau auf diese Bedürfnisse
ausgerichtet und bietet das beste Erlebnisprogramm.

Aus dem Programm: Osterkandlungsgeld, Osterkandlungsbrot, Osterkandlung, Osterkandlung,
Theater und Musiktheater, Osterkandlung auf der Bühne, Osterkandlung, Osterkandlung,
Singen, und, und, und...

Termin: 01.04. bis 06.04. (6 Tage)

Kosten: € 135,-



Bestellen sie
unseren
Ferienkatalog

Euro: 5 Jahre Nachteile

So praktisch die EU-Einheitswährung beim Reisen ist, so sehr stößt man sich am „Teuro“. Um bis zu 30 Prozent wurden die Waren in der Eurozone teurer.

Der Euro hat vor allem den großen Unternehmen und den Banken genutzt. Für die Masse der Bevölkerung hat die neue Einheitswährung nichts gebracht, so das Urteil der Europäer. Laut einer Eurobarometer-Umfrage ist nur noch knapp die Hälfte aller EU-Bürger (48 %) der Meinung, dass die Einheitswährung insgesamt Vorteile gebracht hat. Sattete 38 Prozent finden, die Nachteile überwiegen.

Damit hat der Euro ein neues Beliebtheitstief erreicht. Im September 2002 hielten nämlich noch 59 Prozent die gemeinsame Währung für eine gute Sache.

81 Prozent der Befragten Euro-Nutzer sind der Ansicht, dass die Preissteigerungen zu Lasten der neuen Währung gehen. Sie sagen: „Alles, was früher zehn Schilling gekostet

hat, kostet jetzt einen Euro.“

Täglicher Einkauf empfindlich teurer

Und das ist nicht eingebildet: Der tägliche oder wöchentliche Einkauf wurde mit dem Euro empfindlich teurer. Die wahrgenommene Teuerung ist gleich viermal so hoch wie die amtlich

gemessene Inflation. Denn die Statistik gibt auch den Preisverfall vieler langlebiger Güter wieder. Ein modernes Handy ist heutzutage nicht teurer – nein, sogar oftmals günstiger – als noch vor wenigen Jahren. Aber man kann es nicht essen, wenn das Brot immer teurer wird.

Ein Professor für Statistik an der Uni Freiburg in der Schweiz hat erstmals die „gefühlte Inflation“ ermittelt. Er untersuchte, war-

um die Wahrnehmung der Konsumenten so stark von den amtlich gemessenen Teuerungsraten abweicht. Die wichtigsten Gründe: Das Preisgefühl hängt von der Kaufhäufigkeit bestimmter Produkte ab. Das heißt, man merkt sich gut, wie viel der tägliche Einkauf, das Bier, der Große Braune im Lokal kosten. Eben diese Produkte wurden empfindlich teurer. Dank „Teuro“ um bis zu 30 Prozent.

Jetzt hat auch Slowenien den Euro. Wie bei uns wird auch dort alles teurer, wie wir stets kritisiert haben. Gleich in der ersten Woche orteten Verbraucherschützer 600 Teuerungen bis zu 30 Prozent (vor allem bei Tee, Kaffee, Mittagmenüs)!

Unsere Kritik teilen inzwischen viele. Die Mächtigen in der EU machen aber weiter. Ihnen sind die Sorgen der Mehrheit egal – sie wollen immer mehr Profit auf immer neuen Märkten. Und das gelingt bislang perfekt.



Steuermillionen für Luxustherme: Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen sie!

Umfrage zur Therme Blumau:

Verlost werden Buchpreise und T-Shirts.

Soll Blumau-Betreiber Rogner knapp 10 Millionen Euro geschenkt bekommen?

(Bitte ankreuzen)

- 1.) Luxustherme und Arbeitsplätze müssen erhalten bleiben.
- 2.) Ja, aber dann müssten wenigstens die Eintrittspreise sinken.
- 3.) Derlei Geschenke nur, wenn das Land Miteigentümer wird und dann mitreden kann.

Name: _____

Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (XS/S/M/L/XL/XXL) _____



An die **Steirische Volksstimme**
 c/o KPÖ - Ernest Kaltenegger
 Landhaus, Herrengasse 16
 8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08



Im Gegensatz zur Therme Loipersdorf ist die Therme Blumau in Geldnöten. Knapp 10 Millionen Kredit-Euro muss Betreiber Rogner nun nicht mehr an Bund und Land zurückzahlen. Jeder normale Häuslbauer hätte den Exekutor am Hals...

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ-Ernest Kaltenegger, Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz, Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at